

keine Unterbrechung der Verjährung durch selbständiges Beweisverfahren 74
Mißbrauchsaufsicht: s. Kartellrecht

N

Naturschutz: für Klagen wegen »Entschädigung« nach Art. 36 Abs. 1 Bay-NatSchG Rechtsweg zu den ordentlichen Gerichten 204
 salvatorische Entschädigungsklauseln im Natur-, Landschafts- und Denkmalschutzrecht als Ausgleichsansprüche im Rahmen der Inhaltsbestimmung des Eigentums 205
Notar: Amtsenthebung des -s wegen Stasi-Verstrickung 240
 Anwendbarkeit des Gesetzes zur Prüfung von Rechtsanwaltszulassungen, Notarbestellungen und Berufungen ehrenamtlicher Richter auf eine von der Landesjustizverwaltung vor Inkrafttreten des Gesetzes verfügte Amtsenthebung 240
 Rechtsprechungsgrundsätze zur Eignung von -en, die unter der NS-Gewaltherrschaft tätig waren 243

P

partiarisches Rechtsverhältnis: Inhalt des partiarischen Rechtsverhältnisses 66
Patent: eigenständige Aktivlegitimation des Inhabers einer ausschließlichen Lizenz an - oder Gebrauchsmuster wegen einer das eigene Nutzungsrecht berührenden -verletzung 220
 Reichweite des Vernichtungsanspruchs gem. § 140 a Abs. 2 PatG 220
 kein Wirtschaftsprüfervorbehalt im Anwendungsbereich des § 140 b PatG 220

Gegenstand des Auskunftsanspruchs gem. § 140 b PatG 220
 Gegenstand des Zwangs zur Klagenkonzentration nach § 145 PatG 220
 Mittel i.S. des § 10 PatG 223
 Beginn der Herstellung eines patent- oder gebrauchsmusterrechtlich geschützten Erzeugnisses 226
 Kenntnis des Fachmanns als Maßstab dessen, was nach § 3 Abs. 1 Satz 2 PatG der »Öffentlichkeit zugänglich« gemacht worden ist 270
 durch eine zum Stand der Technik gehörende Schrift mitoffenbart und damit neuheitsschädlich, was für den Fachmann als selbstverständlich oder nahezu unerlässlich zu ergänzen ist oder was von ihm bei aufmerksamer Lektüre ohne weiteres erkannt und in Gedanken gleich mitgelesen wird 270
 Zielrichtung der Offenbarung . 273
 Gegenstand des Schutzrechts . 276
 Zulässigkeit des Einspruchs bei Einreichung der Vollmacht erst nach Ablauf der Einspruchsfrist, aber vor Entscheidung über den Einspruch durch das -amt 280
 Umfang der Prüfungspflicht und der Prüfungsbefugnis des Deutschen -amts im Einspruchsverfahren . 280
 im Einspruchsbeschwerdeverfahren keine Befugnis des Bundespatentgerichts von Amts wegen zur Heranziehung von Widerrufsgründen, die nicht Gegenstand des Einspruchsverfahrens vor dem -amt waren . 281
 Zweck des § 59 Abs. 1 Satz 4 PatG 283
 Ausgestaltung des Einspruchsverfahrens 286
 im Einspruchsverfahren Entscheidung des -amts über die Aufrechterhaltung des -s, nicht über den Einspruch 287

- Ziel der Neuregelung des Einspruchsverfahrens durch das Gesetz v. 26. 7. 1979 288
 Einspruchsverfahren kein wiederholtes -erteilungsverfahren ... 292
- Persönlichkeitsrecht:** Widerruf und Geldentschädigung wegen Verletzung des -s durch Illustrierte ... 1
 Druckenordnung des Widerrufs . 1
 Bemessungsfaktoren zur Geldentschädigung wegen Verletzung des -s 1
 Grundsätze zur Würdigung einer das - verletzenden Veröffentlichung . 6
 Fortwirkung einer durch Veröffentlichung verursachten Verletzung des -s 7
 Verletzung des -s durch dem Betroffenen unterschobene Äußerungen 7
 nur begrenzte Schutzfunktion einer Gegendarstellung 8
 - und Pressefreiheit 10
 Verletzung des -s auch bei Veröffentlichung desselben unrichtigen Sachverhalts in anderen Medien 12
 Voraussetzungen der Verpflichtung zur Zahlung einer Geldentschädigung wegen Verletzung des -s . 12
 Rechtsnatur des Anspruchs auf Geldentschädigung wegen Verletzung des -s 15
 Abgrenzung des Entschädigungsanspruchs vom Anspruch auf Schmerzensgeld 15
- Pfandrecht:** Wirksamkeit des ein - der Bank begründenden Besitzübergangs gemäß Nr. 19 Abs. 2 AGB-Banken 1986 trotz Unwirksamkeit der Verwertungsregelung nach Nr. 20 Abs. 2 AGB-Banken 1986 295
 Entbehrlichkeit eines aktuellen Rechtsfolgenbewußtseins der Vertragspartner im Zeitpunkt des Besitzübergangs 299
 Begründung des Pfandrechts gemäß Nr. 19 Abs. 2 AGB-Banken 1986 auch ohne Freigabeklausel 301
- Pfändungspfandrecht:** Unwirksamwerden des -s in der Gesamtvollstreckung 365
 Zeitpunkt der Beendigung einer Zwangsvollstreckungsmaßnahme 366
- Pressefreiheit:** Persönlichkeitsrecht und - 10
 Postulate der - 14
- Prozeßvergleich:** Gleichstellung der in der ehemaligen DDR im Zusammenhang mit der Scheidung verbindlich gewordenen Unterhaltseinigung mit einem vollstreckbaren - .. 322
 Doppelnatur des -s 323
 inhaltliche Voraussetzungen der Abänderung eines -s 323
- R
- Rechtsanwalt:** Anwendbarkeit des Gesetzes zur Prüfung von -szulassungen usw. auf einen von der Landesjustizverwaltung vor Inkrafttreten des Gesetzes verfügtten Widerruf der Zulassung zur -schaft 247
- Rechtsweg:** - zu den ordentlichen Gerichten für alle dem Eigentümer nach § 13 VermG gegen den bisherigen staatlichen Verwalter zustehenden Ansprüche 173
 - für Klagen wegen »Entschädigung« nach Art. 36 Abs. 1 BayNatSchG zu den ordentlichen Gerichten ... 204
- Rückwirkung:** Anwendbarkeit des Gesetzes zur Prüfung von Rechtsanwaltszulassungen, Notarbestellungen und Berufungen ehrenamtlicher Richter auf eine von der Landesjustizverwaltung vor Inkrafttreten des Gesetzes verfügte Amtsenthebung 240
- S
- Schadensberechnung:** Wahlrecht des Käufers bei der - nach § 463 Satz 1 BGB 115

- Abgrenzung des Schadensersatzes wegen Nichterfüllung von der Wandelung 115
- Schadensersatz:** Abgrenzung des »großen -es« vom »kleinen -« 115
Abgrenzung des -es von der Wandelung 115
- Schiedsgericht:** - eines Sportverbands kein - i.S. der §§ 1025, 1027 ZPO 108
keine Anwendung des § 1033 Abs. 1 ZPO auf eine gesetzlich angeordnete, noch für Altfälle geltende -sbarkeit in der ehemaligen DDR . 380
keine Befugnis der in Auflösung begriffenen Kammer für Außenhandel der ehemaligen DDR zur Übertragung der ihr entsprechend der Moskauer Konvention und der ALB/RGW auf dem Gebiet der obligatorischen Außenhandelsarbitrage auferlegten Aufgaben auf einen privaten Träger einer -sorganisation 380
Wortlaut des § 104 der Allgemeinen Bedingungen für die Warenlieferungen zwischen Außenhandelsunternehmen der Teilnehmer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (ALB/RGW) 380
durch Rechtsvorschriften bestimmte obligatorische Alleinzuständigkeit der auf der Grundlage der ALB/RGW berufenen -e zur Entscheidung der Streitigkeiten aus Außenhandelslieferverträgen 383
Zwangsarbitrage aufgrund der Art. I und II der Moskauer Konvention in rechtsdogmatischer Beziehung kein - 383
Geltung des Art. 8 i.V. mit Anlage I Kapitel III Sachgebiet A Abschnitt III Nr. 5 lit. 1 des EinigVtr auch für die Zwangsarbitrage 383
Geltung der VO über das schiedsgerichtliche Verfahren der DDR auch für Altfälle der Zwangsarbitrage 384
- Zeitpunkt der Anhängigkeit der Klage vor dem - bei der Kammer für Außenhandel der DDR 384
Vertrauensschutz für gewachsene außenwirtschaftliche Beziehungen gemäß Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion kein Hindernis für Aufhebung der Entscheidungen des -s 384
Folgen des Wegfalls des -s 386
kein Vertrauensschutz bei Prüfung der Zuständigkeit des -s 387
-sbarkeit in der DDR zwar kein gesellschaftliches Gericht, aber doch zur sozialistischen Rechtspflege gehörend 390
keine Kompetenz-Kompetenz des bei der Kammer für Außenhandel der DDR gebildeten -s 392
- Schmerzensgeld:** Berücksichtigung des Genugtuungsbedürfnisses jedenfalls bei vorsätzlicher Rechtsgutverletzung 117
Abgrenzung des Genugtuungsbedürfnisses vom staatlichen Strafausspruch 117
Ausgleichsfunktion des -es ... 119
- weder Buße noch Privatstrafe 121
Entschädigung nach § 847 BGB als einheitlicher Anspruch 121
- Sicherungszession:** keine uneingeschränkte Geltung des Grundsatzes, daß in den Fällen, in denen der Verzug des Schuldners erst nach der - eintritt, bei der Ermittlung des Verzugsschadens allein auf den Zessionar abzustellen ist 371
Ersatz des nur dem Zedenten entstandenen Verzugsschadens nach den Grundsätzen der Drittschadensliquidation 371
Drittschadensliquidation auch dann, wenn nach Eintritt des Sicherungsfalles wegen Übersicherung des Sicherungsnehmers Schaden nur beim Zedenten eingetreten ist 371

ENTSCHEIDUNGEN
DES BUNDESGERICHTSHOFES
IN ZIVILSACHEN



BGHZ

128. BAND

Biblioteca de la Corte Suprema	
Nº de Orden	90.085
Ubicación	2-103



1996

CARL HEYMANNS VERLAG KG
KÖLN · BERLIN

- vom - nicht erfaßte Sicherungsverwaltung privater Grundstücke 181
kein Anspruch des Berechtigten auf die vom Verfügungsberechtigten unter Verstoß gegen die Veränderungssperre vor dem 1. 7. 1994 gezogenen Nutzungen 210
kein Verstoß des Gesetzgebers gegen den allgemeinen Gleichheitssatz durch den dem Berechtigten eingeräumten Anspruch auf Herausgabe des vom Verfügungsberechtigten bezogenen Nutzungsentgelts aus investiven Nutzungsverträgen, z.B. nach der »Supervorfahrtsregelung« des Hemmnisbeseitigungsgesetzes 210
Herausgaberegulierung bezüglich des Nutzungsentgelts durch das Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz 212
Wirkung der Veränderungssperre 214
Schutzbereich des § 3 Abs. 3 Satz 1 VermG 214
- Vermögensübernahme:** keine Haftung wegen - bei öffentlich-rechtlichen Vorgängen 147
- Versicherung:** ein Schadensformular aus eigenem Wissen ausfüllender Dritter kein Wissensvertreter des dieses Formular unterschreibenden und damit sich die Angaben des Dritten zu eigen machenden -snehmers 167
Beweislast des Versicherers im Rückforderungsprozeß 167
- Versicherungsbedingungen:** Grundsätze zur Auslegung von - 58
- Vertragshändler:** unwirksame Geschäftsbedingungen des Lieferanten oder Herstellers zur Ersatzteile betreffenden Rückkaufspflicht nach Beendigung des -vertrages 67
- Vertretung:** Wissenserklärungsvertreter s. dort
- Verwaltungsakt:** Bedeutung des Bestimmtheitserfordernisses beim - 24
Voraussetzungen der Aufhebung eines begünstigenden -s nach Änderung der Rechtslage 244
- Verwaltungsvermögen:** Übergang von - gemäß EinigVtr und Haftung für Vergütung der das - betreffenden Bauleistungen 393
Übergang des -s gem. EinigVtr auf Bund, Länder und Gemeinden 396
Begriff des -s 396
Verbindlichkeiten als Bestandteil des -s 399
- Verzugsschaden:** keine uneingeschränkte Geltung des Grundsatzes, daß in den Fällen, in denen der Verzug des Schuldners erst nach der Sicherungszession eintritt, bei der Ermittlung des -s allein auf den Zessionar abzustellen ist 371
Ersatz des nur dem Zedenten entstandenen -s nach den Grundsätzen der Drittschadensliquidation .. 371
- Videozweitauswertung:** Bekanntheit der - als Nutzungsart i.S. des § 31 Abs. 4 UrhG 336
- Volkseigentum:** Rechtsträgerschaft an Grundstücken in der ehemaligen DDR nur bei - 397
Voraussetzungen des Übergangs von - in kommunales Eigentum gemäß Kommunalvermögensgesetz .. 397
- Vollmacht:** Wirkungsstatut 47
Möglichkeiten der -erteilung in der DDR 47
im patentrechtlichen Einspruchsverfahren Vorlage der schriftlichen - nicht Zulässigkeits-, sondern im Patentrecht nicht abschließend geregelte und daher nach den allgemeinen Vorschriften zu prüfende Prozeßhandlungsvoraussetzung .. 282

- Voll- und Teilamortisationsvereinbarungen in -verträgen 262
 - als Kreditvertrag in Form einer sonstigen Finanzierungshilfe i.S. des Verbraucherkreditgesetzes 263
 Anwendung der Uniformmethode auf Ratenkredit- und -verträge zur Prüfung ihrer Sittenwidrigkeit 265
 Darlegungs- und Beweislast für Sittenwidrigkeit der Ratenkredit- und -verträge 267
- Franchise:** Vereinbarung über Verpflichtung des -nehmers zum wiederkehrenden Bezug von Waren des -gebers als Anwendungsfall des § 2 Nr. 3 VerbrKrG 156
 maßgeblicher Zeitpunkt für Beurteilung der Frage, ob die aufgrund einer Bezugsverpflichtung zu erwerbenden Sachen für eine bereits ausgeübte gewerbliche oder selbständige berufliche Tätigkeit bestimmt sind . 156
 von der Ausnahmeregelung des § 1 Abs. 1 VerbrKrG nicht erfaßte Verbrauchergeschäfte im Existenzgründungsstadium 156
 Widerruf und Abwicklung nach § 3 HWiG nur derjenigen Teile des -vertrages, die kreditrechtlicher oder kreditähnlicher Natur sind 156
- Funktionsnachfolge:** Voraussetzungen der Haftung wegen - 147
- G**
- Gasdurchleitung:** Verweigerung der - durch Energieversorgungsunternehmen und Mißbrauchsaufsicht des Bundeskartellamts 17
- Gebrauchsmuster:** Rücknahme und Einschränkung des Widerspruchs im -löschungsverfahren 149
 Löschung des -s im Umfang der Rücknahme oder Einschränkung 149
 Einschränkung des Widerspruchs nicht schon allein durch Einreichung neu gefaßter Schutzansprüche . 149
- verfahrensrechtlicher Antrag auf Aufrechterhaltung des -s mit eingeschränktem Gegenstand als Einschränkung des zunächst uneingeschränkt eingelegten Widerspruchs 149
 keine Rückgängigmachung der in der beschränkten Verteidigung des Schutzrechts liegenden Rücknahme des Widerspruchs nach deren Wirksamwerden 149
 uneingeschränkte Überprüfung des prozessualen Antrags durch das Rechtsbeschwerdegericht 152
 Ansprüche bei -verletzung 220
- Gegendarstellung:** nur begrenzte Schutzfunktion einer - 8
- Genehmigung:** Voraussetzungen einer - trotz Fehlens eines Erklärungsbewußtseins 49
- Generalüberholung:** Bedeutung der Eigenschaftsangabe »generalüberholt« beim Verkauf gebrauchter Maschinen 307
 uneingeschränkte Überprüfbarkeit der individualrechtlichen Erklärung »generalüberholt« durch das Revisionsgericht 309
- Genugtuungsbedürfnis und Schmerzensgeld** s. dort
- Gerichtsverfassung:** Vorrang der Divergenzvorlage vor der Vorlage wegen Grundsätzlichkeit der zu klärenden Rechtsfrage 87
- Gesamtvollstreckung:** mit Eröffnung der - Unwirksamwerden der vom Gläubiger eingeleiteten Vollstreckungsmaßnahmen selbst dann, wenn sie bereits zu einem Pfändungspfandrecht geführt haben 365
 Gründe der Fortgeltung der -sordnung im Beitrittsgebiet 367
- Geschäftsbedingungen:** Abgrenzung der - von den einer Inhaltskontrolle nicht unterliegenden bloßen Leistungsbeschreibungen 59

- auch dann, wenn beim nach der Sicherungszession eingetretenen Sicherungsfall wegen Übersicherung ein Schaden nur beim Zedenten eingetreten ist 371

E

Ehegattenerbrecht: Prüfung der Scheidungsvoraussetzungen im Rahmen der §§ 2077, 1933 BGB .. 125
kein Ausschluß des -s nur deshalb, weil der überlebende Ehegatte der Scheidung nur in einer Unterhaltsvereinbarung, nicht auch im Scheidungsverfahren gegenüber dem Familiengericht zugestimmt hat 125
einjährige Trennung allein keine tatsächliche Vermutung für Scheitern der Ehe 125
keine Änderung der Beweislast, weil dem Erbprätendenten, der sich gegenüber dem überlebenden Ehegatten auf die §§ 2077, 1933 BGB beruft, Erbschein erteilt worden ist 125

Ehescheidung: Prüfung der -svoraussetzungen gemäß §§ 1565 ff. BGB 125
Zustimmung zur - als dem Gericht gegenüber zu erklärende und bis zum Schluß der mündlichen Verhandlung widerrufbare Prozeßhandlung 127
keine endgültig bindende Wirkung der außergerichtlichen Zustimmung zur - 127
Darlegungs- und Beweislast für tatsächliche Voraussetzungen der - 130

Eigenschaft: Zusicherung einer - beim Kauf eines beim Händler stehenden vom Käufer besichtigten Neuwagens 111
»großer Schadensersatz« nach § 463 BGB nach teilweiser Entrichtung des Kaufpreises durch Hingabe eines gebrauchten Kraftfahrzeugs ... 111

Abgrenzung der Zusicherung einer - von der Beschreibung der Kaufsache 114
Auslegungsgrundsätze zur Frage, wann eine - zugesichert ist ... 115
Bedeutung der -sangabe »generalüberholt« beim Verkauf gebrauchter Maschinen 307

Eigentumsgarantie: - nur für Rechtspositionen, die dem Rechtsträger durch den Gesetzgeber zugeordnet sind 226

Einigungsvertrag: Übergang des Verwaltungsvermögens gemäß - und Haftung für Vergütung der das Verwaltungsvermögen betreffenden Bauleistungen 393

Enteignung: salvatorische Entschädigungsklauseln im Natur-, Landschafts- und Denkmalschutzrecht als Ausgleichsansprüche im Rahmen der Inhaltsbestimmung des Eigentums 205

Erbrecht: Ehegattenerbrecht s. dort

Erdgas: Verweigerung der Durchleitung von - durch Energieversorgungsunternehmen und Mißbrauchsaufsicht des Bundeskartellamts 17

F

Filmwirtschaft: Amtspflichten des Vorsitzenden der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften bei der Mitwirkung im Verfahren der Freigabe der veränderten Fassung eines bereits indizierten Bildträgers durch die Freiwillige Selbstkontrolle der - 346

Finanzierungsleasing: Feststellung der Sittenwidrigkeit von -verträgen 255
Anwendung der Prüfungskriterien zur Sittenwidrigkeit von Ratenkreditverträgen auf -verträge 261
Zweck des -s 262

Wegfall der Geschäftsgrundlage nach
Übernahme einer – durch den ver-
mögenslosen Ehegatten oder
Lebenspartner 236

C

Caroline von Monaco: Widerruf und
Geldentschädigung wegen Verlet-
zung des Persönlichkeitsrechts durch
Illustrierte 1
clausula rebus sic stantibus: Lehre
vom Wegfall der Geschäftsgrundlage
als Ausprägung der – 323
Bedeutung der – bzw. der Lehre vom
Wegfall der Geschäftsgrundlage für
Dauerschuldverhältnisse und Ver-
träge mit Versorgungscharakter 329

D

DDR: kollisionsrechtliche Beurteilung
eines vor der Wiedervereinigung und
der Einführung der Währungsunion
in der ehemaligen – geschlossenen
Beratervertrages zwischen einer dor-
tigen Hochschule und einem Berater
aus der Bundesrepublik 41
Kompetenz (Rechtsfähigkeit) einer
Hochschule der – zum Abschluß
eines Beratervertrages mit dem Ziel
einer Umgestaltung der Hochschule
nach marktwirtschaftlichen
Gesichtspunkten 41
Rechtswirklichkeit in der – Mitte/
Ende Januar 1990 46
Möglichkeiten der Vollmachtet-
teilung in der – 47
Beraterverträge mit Hochschulen
der – und devisa-rechtlicher Geneh-
migungszwang 49
zum Abschluß von Außenhandels-
verträgen ermächtigte Betriebe in
der – 51
Wesen des Wirtschaftsvertrages in
der – 51

Untergang der – mit Inkrafttreten
des Einigungsvertrages 146
Umfang der Bindung des überleben-
den Ehegatten an das gemeinschaftli-
che Testament gemäß § 390 Abs. 2
ZGB 302

Haftung der – für Stationierungs-
schäden ihrer Bürger und Umfang
der Einstandspflicht der Bundesrepu-
blik 312
Befugnis der Staatlichen Versiche-
rung der – zur abschließenden Ent-
scheidung über Ansprüche der Bür-
ger aus Stationierungsschäden 312
Fortfall des Schiedsgerichts bei der
Kammer für Außenhandel 380

DDR-Außenhandel: zum Abschluß
von Außenhandelsverträgen ermäch-
tigte Betriebe 51
Tatbestandsmerkmale eines Wirt-
schaftsvertrages in der DDR ... 51
Eingriffsnormen der zur Durchset-
zung des Außenhandelsmonopols
erlassenen Regelungen und Umfang
ihrer Wirkung 52

DDR-Hochschulverfassung:
Umfang der Rechtsfähigkeit der
Hochschule in der DDR 44
Hochschule als juristische Person
und Haushaltsorganisation 44
Aufgaben der Hochschulen in der
DDR 45
Vertretungsmacht des Rektors einer
Hochschule in der DDR 47

Devisenrecht: alliierte Devisenbewirt-
schaftungsgesetze als Rechtsgrund-
lage des innerdeutschen Handels 49

Disziplinargewalt im Sportverband s.
dort

Divergenzvorlage: Vorrang der – vor
der Vorlage wegen Grundsätzlich-
keit der zu klärenden Rechtsfrage 87

Drittschadensliquidation: bei Siche-
rungszession Ersatz des nur dem
Zedenten entstandenen Schadens
nach den Grundsätzen der – .. 371

wirtschaftlicher Zweck des -s .. 89
Wert der Beschwer des Klägers und
Rechtsmittelführers 90

B

Belegungsschäden: kein Ersatz der von den sowjetischen Streitkräften vor dem 3. Oktober 1990 in der DDR verursachten - durch die Bundesrepublik 140
kein Übergang der Verbindlichkeiten der DDR, die aus Schadensersatzansprüchen der früheren Eigentümer infolge der Inanspruchnahme ihrer Grundstücke durch die sowjetischen Streitkräfte entstanden sein könnten, auf die Bundesrepublik 140
Beratervertrag: kollisionsrechtliche Beurteilung eines vor der Wiedervereinigung und der Einführung der Währungsunion in der früheren DDR geschlossenen -es zwischen einer dortigen Hochschule und einem Berater aus der Bundesrepublik 41
Kompetenz (Rechtsfähigkeit) einer DDR-Hochschule zum Abschluß eines -es mit dem Ziel der Umgestaltung der Hochschule nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten 41
Beschwer: Wert der - beim Auskunftsanspruch s. dort
Beschwerde zum Bundespatentgericht s. Patent
Beweislast: - des sich auf den Wegfall der Geschäftsgrundlage Berufenden 134
- des Versicherers im Rückforderungsprozeß 167
Zweck der -regelung des § 6 Abs. 3 VVG 172
Darlegungs- und - für Sittenwidrigkeit der Ratenkredit- und Finanzierungsleasingverträge 267

Bezugsrecht: Abhängigkeit des -s aus einer vom Erblasser abgeschlossenen Lebensversicherung allein von den dafür im Vertrag genannten Bedingungen 125
Voraussetzungen für Entfallen des -s 125

Bundespatentgericht: Funktion des -s als eines besonderen Gerichts der ordentlichen Gerichtsbarkeit .. 293
s. a. Patent

Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften: Amtspflichten des Vorsitzenden der - bei der Mitwirkung im Verfahren der Freigabe der veränderten Fassung eines bereits indizierten Bildträgers durch die Freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft 346

Bürgschaft: keine Nichtigkeit der auf Veranlassung der Bank übernommenen - des geschäftsunerfahrenen Ehegatten oder Lebenspartners nur deshalb, weil zwischen Verpflichtungsumfang und Leistungsfähigkeit des Bürgen grobes Mißverhältnis besteht 230
Voraussetzungen eines vollständigen oder teilweisen Fortfalls der -sverpflichtung 230
Voraussetzungen der Unwirksamkeit einer -verpflichtung 232
bankübliche Gepflogenheit, die Sicherheiten, von denen die Darlehensauszahlung abhängig sein soll, auf ihre Werthaltigkeit zu überprüfen 232
regelmäßig rechtlich und sittlich zu mißbilligende Aufforderung der Eltern an deren geschäftsunerfahrene Kinder, aus familiärer Hilfsbereitschaft eine die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kinder auf Dauer weit übersteigende - zu leisten 233
Gründe für eine wirksame - des vermögenslosen Ehegatten oder Lebenspartners 234

Heilung des auf nicht ordnungsgemäßer Vertretung beruhenden Verfahrensmangels auch außerhalb der für die genehmigte Verfahrenshandlung geltenden Frist 283

W

Wandelung: Abgrenzung des Schadensersatzes von der - 115
Werklohn: Übergang von Verwaltungsvermögen gem. EinigVtr und Haftung für Vergütung der das Verwaltungsvermögen betreffenden Bauleistungen 393
Widerruf: Verletzung des Persönlichkeitsrechts und Grundlage des Anspruchs auf - 6
Wirkungsstatut und Vollmacht ...47

Wissenserklärungsvertreter: ein Schadensformular aus eigenem Wissen ausfüllender Dritter kein - des dieses Formular unterschreibenden und damit sich die Angaben des Dritten zu eigen machenden Versicherungsnehmers 167
 Begriff des -s im Versicherungsrecht 169

Z

Zession: s. Sicherungszession
Zusicherung einer Eigenschaft s. dort
Zwangsvollstreckung: Unwirksamwerden des Pfändungspfandrechts in der Gesamtvollstreckung 365
 Zeitpunkt der Beendigung einer -smaßnahme 366

wenn der Gläubiger nach der Zahlungseinstellung und/oder nach dem Konkursantrag im Wege der Zwangsvollstreckung eine inkongruente Deckung erlangt hat . 196
 Unmaßgeblichkeit der Begünstigungsabsicht des an der anfechtbaren Rechtshandlung nicht beteiligten Gemeinschuldners 197
 Zweck des § 30 Nr. 1 und 2 KO 200
 Voraussetzungen des Entlastungsbeweises i.S. des § 30 Nr. 2 letzter Absatz KO bei Anfechtung einer Rechtshandlung des Gemeinschuldners 202
Kontogutschrift: s. Girokonto

L

Leasing: -vertrag als atypischer Mietvertrag mit Leitbildfunktion des Mietrechts bei Angemessenheitsprüfung der AGB 261
 Abgrenzung des -gebers vom Darlehensgeber beim finanzierten Kauf 263

s. a. Finanzierungsleasing

Lebensversicherung: keine Bestimmung der Leistung durch das Gericht bei Allgemeinen -sbedingungen oder Satzung, wonach der Überschuß den Versicherungsnehmern gebührt und sich nach dem von der Aufsichtsbehörde genehmigten Geschäftsplan regelt 54
 kein Verstoß gegen § 9 AGBG durch Verweisung der Allgemeinen -sbedingungen oder der Satzung auf Geschäftsplan zur Regelung der Überschußbeteiligung 54
 keine die Überschußbeteiligung in der - betreffenden Rechte des Versicherungsnehmers aus dem von der Aufsichtsbehörde genehmigten Geschäftsplan 54

kein Anspruch des Versicherungsnehmers auf Beteiligung an stillen Reserven, wenn die Überschußbeteiligung sich nach einem von der Aufsichtsbehörde genehmigten Geschäftsplan regelt und die Allgemeinen -sbedingungen oder die Satzung keine Bestimmung über die Feststellung des Überschusses enthalten 54
 Niederstwertprinzip und Feststellung des Jahresabschlusses 65
 Querverrechnung und Feststellung des Jahresabschlusses 65
 Abhängigkeit des Bezugsrechts einer vom Erblasser abgeschlossenen - allein nach den dafür im Vertrag genannten Bedingungen 125
 Voraussetzungen für Entfallen des Bezugsrechts 125
Leistungsbeschreibung: Abgrenzung der nachprüfbaren AGB von den einer Inhaltskontrolle nicht unterliegenden -en 59
Leistungsbestimmung: Voraussetzungen der - durch das Gericht 57
 »Lüfterklappe« 149

M

MfS: Amtsenthebung des Notars wegen Stasi-Verstrickung 240
 - als rechtsstaatswidrige Organisation 249
 Mitarbeit im - lediglich Indiz für rechtsfeindliche Gesinnung ... 249
 keine gesetzlich umfassende Regelung der Befugnisse des - 251
Miete: Ersatz des Mietausfallschadens bei Verzug des -rs mit der Instandsetzung als Nebenleistung i.S. des § 224 BGB 74
 keine Anwendung des § 224 BGB bei Rechtshängigkeit der abhängigen Nebenleistung vor Verjährung des Hauptanspruchs 74

Begriff der »Verfügung« i.S. des § 390 Abs. 2 ZGB 305
 nach ZGB schwächere Bindung des überlebenden Ehegatten an das gemeinschaftliche - als nach BGB 305
Transparenzgebot: Zweck des -s 60

U

Überraschende Klausel: s. Geschäftsbedingungen
Unterhalt: trotz des Erhöhungsverbots des § 33 Satz 2 FGB Abänderungsklage des in der ehemaligen DDR geschiedenen Ehegatten, der aufgrund einer Einigung im Scheidungsverfahren einen unbefristeten -anspruch erhalten hat, auf Zahlung höheren -s wegen der im Beitrittsgebiet eingetretenen Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse .. 320
 Gleichstellung der in der ehemaligen DDR im Zusammenhang mit der Scheidung verbindlich gewordenen -seinigung mit dem vollstreckbaren Prozeßvergleich 322
 Fortgeltung des -rechts der ehemaligen DDR für Ansprüche in der DDR geschiedener und im Beitrittsgebiet lebender Ehegatten 324
 Gründe der Fortgeltung des bisherigen -rechts der DDR im Beitrittsgebiet 333
 Maßstab für Anpassung der -rente des in der DDR geschiedenen Ehegatten 334
Urheberrecht: Voraussetzungen der Bekanntheit einer Nutzungsart i.S. des § 31 Abs. 4 UrhG 336
 Risikogeschäfte über technisch zwar bekannte, wirtschaftlich aber zunächst noch bedeutungslose Nutzungsart 336
 Videozweitenauswertung von Kinofilmen 336

V

Veräußerung: Verfügung und - als synonyme Begriffe 306
Verband: s. Sportverband
Verbandsstrafgewalt: s. Sportverband
Verbraucherkredit: Anwendung des -gesetzes auf Franchiseverträge 156
 Anwendung des -gesetzes auf Kreditverträge und auf diesen gleichgestellte Verträge, soweit sie Existenzgründungscharakter haben 161
Verein: Unzulässigkeit der dynamischen Verweisung einer -satzung auf den jeweils gültigen Inhalt der übergeordneten Verbandssatzung 100
Verfügung: Veräußerung und - als synonyme Begriffe 306
Verhältnismäßigkeit als aus dem Rechtsstaatsprinzip abgeleiteter Grundsatz 227
Verjährung: Ersatz des Mietausfall Schadens bei Verzug des Mieters mit der Instandsetzung als Nebenleistung i.S. des § 224 BGB 74
 keine Anwendung des § 224 BGB bei Rechtshängigkeit der abhängigen Nebenleistung vor - des Hauptanspruchs 74
 keine Unterbrechung der - durch selbständiges Beweisverfahren im Mietrecht 74
Vermögensgesetz: Geltung des § 1 Abs. 4 Fallgruppe 2 VermG für alle bei Inkrafttreten des VermG noch bestehenden vorläufigen Verwaltungen, soweit ein als Teilungsunrecht zu wertender Tatbestand vorliegt 173
 Rechtsweg zu den ordentlichen Gerichten für alle dem Eigentümer nach § 13 VermG gegen den bisherigen staatlichen Verwalter zustehenden Ansprüche 173
 vom - nicht erfaßte Enteignungen und enteignungsgleiche Eingriffe 179
 Zweck des § 1 Abs. 4 VermG 179

- Abgrenzung der Rspr. des BGH zur abstrakten Ermittlung des der kreditgebenden Bank infolge Verzugs des Darlehensnehmers erwachsenen Schadens von den Fällen der -, in denen der Verzug des Drittschuldners erst nach der - eingetreten ist 374
bei Verzug des Schuldners erst nach der Vollabtretung nur Schadenersatzansprüche des Zessionars . 376
bei offener - auch ohne ausdrückliche Einziehungsermächtigung Befugnis des Zedenten zur Klage auf Leistung an den Zessionar ... 379
- Sittenwidrigkeit:** Feststellung der - von Finanzierungsleasingverträgen 255
- gegenseitiger Verträge als wucherähnliche Rechtsgeschäfte i.S. des § 138 Abs. 1 BGB 257
Feststellung der verwerflichen Gesinnung des begünstigten Teils 257
Anwendung der Uniformmethode auf Ratenkredit- und Finanzierungsleasingverträge zur Prüfung ihrer - 265
Darlegungs- und Beweislast für - der Ratenkredit- und Finanzierungsleasingverträge 267
- Spartenverein:** Sportverein als - 100
- Sportgerichtsbarkeit:** s. Sportverband
- Sportverband:** Unterstellung auch der Nichtmitglieder unter die Disziplinargewalt eines -es 93
Arten und Voraussetzungen der Unterwerfung 93
sportliche Regelwerke keine AGB, aber mit Inhaltskontrolle nach § 242 BGB 93
Maßstäbe zur Überprüfung von Ordnungsmaßnahmen eines -s gegen die seiner Disziplinargewalt unterworfenen Nichtmitglieder durch die ordentliche Gerichtsbarkeit 93
- Zweck der Verbandsregeln 97
Zusammengehörigkeit von Regelsetzungsbefugnis und Sanktionsandrohung sowie Vollzug der Sanktionen bei Regelverletzung 98
aus der Verbandsautonomie sich ergebende Aufgaben des -s 99
Unzulässigkeit der dynamischen Verweisung einer Vereinssatzung auf den jeweils gültigen Inhalt übergeordneter Verbandssatzung 100
Spartenverein 100
- als sozialmächtiger Verband . 101
Abgrenzung der AGB vom Regelwerk eines -s 101
Inhalt der Organisationsfreiheit des -s 107
-sschiedsgericht kein Schiedsgericht i. S. der §§ 1025 1027 ZPO .. 108
- Stationierungsschäden:** Haftung der DDR für - ihrer Bürger und Umfang der Einstandspflicht der Bundesrepublik 312
Befugnis der Staatlichen Versicherung der DDR zur abschließenden Entscheidung über Ansprüche der Bürger aus - 312
s. a. Belegungsschäden
- Steuerberater:** keine Verpflichtung des mit einer bestimmten Aufgabe beauftragten -s zur Überprüfung von Vorgängen, die ihm zwar gelegentlich der Erfüllung seines Auftrags bekannt werden, die aber zu der übernommenen Aufgabe nicht in unmittelbarer Beziehung stehen 358
Ausnahmen von der vorstehenden Regel 358
Grundsätze zum Aufgabenbereich des -s 361
vertragliche Nebenpflichten des -s 362
- T
- Testament:** Umfang der Bindung des überlebenden Ehegatten an das gemeinschaftliche - gem. § 390 Abs. 2 ZGB 302

REGISTER

(Die Zahlen bedeuten die Seiten)

A. SACHREGISTER

A

- Abänderungsklage:** trotz des Erhöhungsverbots des § 33 Satz 2 FGB – des in der ehemaligen DDR geschiedenen und aufgrund einer im Zusammenhang mit der Scheidung getroffenen Vereinbarung unbefristet Berechtigten auf Zahlung höheren Unterhalts wegen der im Beitrittsgebiet eingetretenen wirtschaftlichen Veränderung 320
- Abtretung:** s. Sicherungszession
- Amtshebung** eines Notars wegen Stasi-Verstrickung s. Notar
- Amtshaftung** für schädigende Handlungen des staatlichen Verwalters seit Inkrafttreten des Einigungsvertrages 184
- Amtspflicht:** -en des Vorsitzenden der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften bei der Mitwirkung im Verfahren der Freigabe der veränderten Fassung eines bereits indizierten Bildträgers durch die Freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft 346
Dritter im Freigabeverfahren . 356
- Anfechtung:** unmittelbare Gläubigerbenachteiligung durch Grundstücksübereignung bereits dann, wenn der Erwerber das Anwartschaftsrecht auf das Grundeigentum erhält 184
keine Beseitigung der Gläubigerbenachteiligung durch wertausschöpfende dingliche Belastung des Grundstücks vor Eintragung des Eigentumswechsels 184
- Beginn der -sfrist i.S. des § 3 Abs. 1 Nr. 2 AnfG mit der Eintragung des neuen Eigentümers 184
kein Ausschluß des Rückgewähranspruchs aus § 7 Abs. 1 AnfG durch Grundsatz der Kapitalerhaltung der GmbH 184
Anwendung des § 3 Abs. 1 Nr. 2 AnfG auch auf den Fall, daß der Schuldner einen anfechtbaren Vertrag mit einer GmbH schließt, deren einziger Gesellschafter und Geschäftsführer er ist 186
unmittelbare Gläubigerbenachteiligung bei einheitlicher Betrachtung der mehrteiligen Rechtsübertragung 187
keine Beseitigung der wirklichen Ursache der Gläubigerbenachteiligung durch hypothetischen Kausalverlauf 192
- Anwartschaftsrecht:** unmittelbare Gläubigerbenachteiligung i.S. des AnfG durch Grundstücksübereignung bereits dann, wenn der Erwerber das – auf das Grundeigentum erhält 184
– als selbständig verkehrsfähige Vorstufe des Vollrechts 188
- Ausgleichsanspruch** im Rahmen des Natur-, Landschafts- und Denkmalschutzes s. Naturschutz
- Auskunftsanspruch:** Voraussetzungen des -s 58
Wert der Beschwer des Beklagten als Rechtsmittelführers 85

J

Jugendschutz: Amtspflichten des Vorsitzenden der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften bei der Mitwirkung im Verfahren der Freigabe der veränderten Fassung eines bereits indizierten Bildträgers durch die Freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft 346

K

Kammer für Außenhandel der DDR: keine Identität des bei der – gebildeten und des später von einer privaten Organisation unterhaltenen, von der – beauftragten Schiedsgerichts . 388
Organisation und Funktion der – 389

Kartellrecht: Zuständigkeit des Bundeskartellamts für Mißbrauchsverfügung, mit der im Interesse des Wettbewerbs auf dem Inlandsmarkt auch auf im Ausland vorzunehmende Handlungen (Durchleitung von Importerdgas) hingewirkt werden soll 17
Anforderungen an die Bestimmtheit einer Mißbrauchsverfügung gegen Weigerung eines Energieversorgungsunternehmens, Gas für ein anderes Unternehmen durchzuleiten 17
sonstige Voraussetzungen für Maßnahmen der Mißbrauchsaufsicht gegenüber einem die Gasdurchleitung verweigernden Energieversorgungsunternehmen 17
Verweigerung wettbewerbsbegründender Gasdurchleitung als unbillige Behinderung eines anderen Energieversorgungsunternehmens 17

Unzulässigkeit von Maßnahmen der Mißbrauchsaufsicht gegen Verweigerung einer wettbewerbsbegründenden Gasdurchleitung, wenn Versorgungsbedingungen nachhaltig geändert werden und die Weigerung deshalb nicht mehr unbillig behindert 17
Beurteilungsgrundsätze zur Frage, ob Gasdurchleitungsverweigerung eines Energieversorgungsunternehmens ein anderes Unternehmen i.S. des § 26 Abs. 2 GWB unbillig behindert 17

Zuständigkeit des Bundeskartellamts zur Mißbrauchsaufsicht bei über das Gebiet eines Landes hinausreichender Marktbeeinflussung oder entsprechend weitreichendem wettbewerbsbeschränkenden bzw. diskriminierendem Verhalten 22
Zuständigkeit des Bundeskartellamts zur Mißbrauchsaufsicht gegen ein die Bundesgrenze überschreitendes Verhalten 23

Kfz-Vertragshändler: s. Vertragshändler

Kollisionsrecht: Beurteilung eines vor der Wiedervereinigung und der Einführung der Währungsunion in der ehemaligen DDR zwischen einer dortigen Hochschule und einem Berater aus der Bundesrepublik geschlossenen Beratervertrages . 41
Anwendungsbereich der intertemporalen Vorschrift des Art. 232 § 1 EGBGB 43
Wirkungsstatut für Vollmacht .. 47
Vertragsstatut für Genehmigung 48

Kompetenz-Kompetenz: keine – des bei der Kammer für Außenhandel der DDR gebildeten Schiedsgerichts 392

Konkursanfechtung: Voraussetzungen einer Kenntnis von der Begünstigungsabsicht des Gemeinschuldners,

- Zulässigkeit der Verweisung auf andere Regelungswerke in AGB 60
 Zweck des Transparenzgebots . 60
 unwirksame - des Lieferanten oder Herstellers zur Ersatzteile betreffenden Rückkaufpflicht nach Beendigung des Vertragshändlervertrages67
 keine geltungserhaltende Reduktion des unangemessenen Rücknahmepreises 74
 Abgrenzung der - von den Regeln der Sportverbände 101
 Wirksamkeit des ein Pfandrecht der Bank begründenden Besitzübergangs gemäß Nr. 19 Abs. 2 AGB-Banken 1986 trotz Unwirksamkeit der Verwertungsregelung nach Nr. 20 Abs. 2 AGB-Banken .. 295
 Begründung des Pfandrechts gemäß Nr. 19 Abs. 2 AGB-Banken 1986 auch ohne Freigabeklausel 301
 Voraussetzungen einer Überraschungsklausel in AGB 344
- Geschäftsgrundlage:** Beweislast des sich auf den Wegfall der - Berufenden 134
 Voraussetzungen der - eines Vertrages 236
 Wegfall der - nach Übernahme einer Bürgschaft durch den vermögens- und einkommenslosen Ehegatten oder Lebenspartner 236
 Lehre vom Wegfall der - als Ausprägung der clausula rebus sic stantibus 323
 Bedeutung der Lehre vom Wegfall der - für Dauerschuldverhältnisse und Verträge mit Versorgungscharakter 329
- Geschäftsplan:** Rechtsgrundlage und Bedeutung des -s eines Versicherungsunternehmens 62
 geschäftsplanmäßige Erklärung eines Versicherungsunternehmens 62
- Gewährleistung:** Wandelung und Schadensersatz beim Kauf 115
Gewinnbeteiligung bei der Lebensversicherung s. dort
Girokonto: kein Zurückweisungsrecht des Kontoinhabers in bezug auf die diesem aufgrund einer ihm materiell zustehenden Zahlung erteilten Gutschrift auf ein -, auf das die Überweisung nicht bewirkt werden sollte 135
 Verpflichtung und Berechtigung der Bank, die für ihren Kunden eingehenden Zahlungen dessen Konto gutzuschreiben 139
Gläubigerbenachteiligung i.S. des AnfG s. Anfechtung
Gleichheitssatz: kein Verstoß gegen den allgemeinen - durch den dem Berechtigten nach dem VermG eingeräumten Anspruch auf Herausgabe des vom Verfügungsberechtigten bezogenen Nutzungsentgelts aus investiven Nutzungsverträgen, z.B. nach der »Supervorfahrtsregelung«- des Hemmnisbeseitigungsgesetzes 210
 Grenzen des dem Gesetzgeber eingeräumten Spielraums zur Regelung von Sachverhalten, an die er dieselbe Rechtsfolge anknüpfen will ... 216
GmbH: kein Ausschluß des Rückgewähranspruchs aus § 7 Abs. 1 AnfG durch Grundsatz der Kapitalerhaltung der - 184
 Anwendung des § 3 Abs. 1 Nr. 2 AnfG auch auf den Fall, daß der Schuldner einen anfechtbaren Vertrag mit einer - schließt, deren einziger Gesellschafter und Geschäftsführer er ist 186

H

Hemmnisbeseitigungsgesetz: s. Vermögensgesetz